

Kompendium Steuerstrafrecht

mit Steuerordnungswidrigkeiten-
und Verfahrensrecht

von

Rechtsassessor

Dr. iur. Matthias H. Gehm

Lehrbeauftragter an der Deutschen Universität
für Verwaltungswissenschaften Speyer

3., völlig neu bearbeitete und erweiterte Auflage

ERICH SCHMIDT VERLAG

Weitere Informationen zu diesem Titel finden Sie im Internet unter
ESV.info/978 3 503 17673 1

1. Auflage 2012
2. Auflage 2015
3. Auflage 2017

Gedrucktes Werk: ISBN 978 3 503 17672 4
eBook: ISBN 978 3 503 17673 1

Alle Rechte vorbehalten
© Erich Schmidt Verlag GmbH & Co. KG, Berlin 2017
www.ESV.info

Ergeben sich zwischen der Version dieses eBooks und dem
gedruckten Werk Abweichungen, ist der Inhalt des gedruckten
Werkes verbindlich.

Satz: L 101 Mediengestaltung, Fürstenwalde

*Für
Robert, Hella, Hildegard, Markus und Bertold,
Clemens, Ralf sowie meine Nichten und Neffen, Kolleginnen,
Kollegen und Hörer/innen an der Deutschen Universität
für Verwaltungswissenschaften Speyer*

Vorwort zur 3. Auflage

Auch bei der nunmehr dritten Auflage des Kompendiums Steuerstrafrecht hat sich das Grundanliegen des Bandes gegenüber der ersten und zweiten Auflage nicht verändert. Insofern soll das Kompendium Steuerstrafrecht weiterhin Steuerberatern, Strafverteidigern, Angehörigen der Finanzverwaltung bzw. der für die Verfolgung von entsprechenden Taten zuständigen Stellen einen praxisorientierten, an Fallbeispielen ausgerichteten Überblick zur Materie des Steuerstrafrechts sowie des steuerlichen Ordnungswidrigkeitenrechts inklusive des jeweiligen Verfahrensrechts bieten. Die Neuauflage war dem Umstand geschuldet, dass sowohl der Gesetzgeber als auch die Rechtsprechung in zentralen Punkten wiederum aktiv geworden sind, was eine Aktualisierung erforderte. So sind nunmehr insbesondere das Gesetz zur Modernisierung des Besteuerungsverfahrens v. 18. Juli 2016 (BGBl I 2016, S. 1679), das Gesetz zum Schutz vor Manipulationen an digitalen Grundaufzeichnungen v. 22. Dezember 2016 (BGBl I 2016, S. 3152), das Steuerumgehungsbekämpfungsgesetz v. 23. Juni 2017 (BGBl I 2017, S. 1682), das Gesetz zur Reform der strafrechtlichen Vermögensabschöpfung v. 13. April 2017 (BGBl I 2017, S. 872), das Gesetz zur Einführung der elektronischen Akte in der Justiz und zur weiteren Förderung des elektronischen Rechtsverkehrs v. 5. Juli 2017 (BGBl I 2017, S. 2208) und schließlich auch das Gesetz zur effektiveren und praxistauglicheren Ausgestaltung des Strafverfahrens v. 17. August 2017 (BGBl I 2017, S. 3202) berücksichtigt. Was die Judikatur anbelangt, so hatte der BGH beispielsweise seine Rechtsprechung zur Steuerhinterziehung in großem Ausmaß gemäß § 370 Abs. 3 S. 2 Nr. 1 AO abermals verschärft und geht nun davon aus, dass hier die Grenze grundsätzlich bei 50.000 € liegt (BGH-Urteil v. 27. Oktober 2015, 1 StR 373/15). Bei der Hinterziehung von Umsatzsteuer hatte sich der EuGH mit einigen Entscheidungen neu positioniert, so etwa in der Rs. *Taricco* u. a. (EuGH-Urteil v. 8. September 2015, C-105/14) oder in der Rs. *Italmoda* (EuGH-Urteil v. 18. Dezember 2014, C-131/13, 163/13, 164/13). Bei der finanzgerichtlichen Rspr. ist insbesondere auf die Entscheidung des BFH v. 25. März 2015, X R 20/13 zum Zeitreihenvergleich hinzuweisen, um nur wenige der wichtigen neuen Entscheidungen zu benennen, die in die dritte Auflage Eingang gefunden haben. Auch die Novelle der Selbstanzeige durch das Gesetz zur Änderung der Abgabenordnung und des Einführungsgesetzes zur Abgabenordnung v. 22. Dezember 2014 (BGBl I 2014, S. 2415) war weiterhin Gegenstand der Diskussion in der Literatur, auch die Finanzverwaltung hat sich nunmehr in den AStBV (St) 2017 und in den DA-KG zu einzelnen Punkten der Neuregelung positioniert, was auch insoweit eine Aktualisierung der Darstellung erforderlich machte. Bezüglich der Anwendung der Novelle von §§ 371, 398a AO hat sich die Meinung durchgesetzt, dass hier unter Berücksich-

tigung von § 2 Abs. 3 StGB hinsichtlich der Regelung des Schwarzgeldbekämpfungsgesetzes ggf. eine Günstigerprüfung vorzunehmen ist. Da die Regelungen des Schwarzgeldbekämpfungsgesetzes zur Selbstanzeige auch ansonsten noch für Altfälle von Relevanz sind, ebenso wie die diesbezügliche Regelung vor dem Schwarzgeldbekämpfungsgesetz, werden auch in der Neuauflage die Altregelungen zur Selbstanzeige der aktuellen Fassung gegenübergestellt. Dies dient zudem bei der Rechtsanwendung dazu, ältere Rechtsprechung entsprechend einordnen zu können und somit den Zugang zu dieser Materie zu erleichtern.

Berücksichtigung bei der dritten Auflage fand die Rechtsprechung und Gesetzeslage bis Juli 2017.

Limburgerhof und Speyer, im Sommer 2017

Matthias H. Gehm

Vorwort zur 1. Auflage

Die praktische Relevanz des Steuerstrafrechts wird in der jüngsten Zeit plastisch durch die Flut der Selbstanzeigen veranschaulicht, die durch den Ankauf von Datenmaterial über Kapitalanleger in der Schweiz und anderer Staaten ausgelöst wurde. Insofern ist diese Rechtsmaterie ein wichtiges Betätigungsfeld nicht nur für die Finanzverwaltung respektive Strafverfolgungsbehörden sondern auch für Steuerberater und Strafverteidiger. Das Steuerstrafrecht ist darüber hinaus gerade in neuester Zeit Gegenstand mehrerer fundamentaler Entscheidungen des BGH gewesen, die eine Verschärfung für den Täter bedingen; sei es beispielsweise im Hinblick auf die strafbefreienden Selbstanzeige oder die Strafzumessung. Auch in Bezug auf den „Umsatzsteuerbetrug“ haben jüngst neben dem BGH sowohl der BFH wie der EuGH und das BVerfG entsprechende Entscheidungen gefällt, die von erheblicher Bedeutung sind. Mit dem Schwarzgeldbekämpfungsgesetz ist weiterhin der Gesetzgeber tätig geworden und hat die Anforderungen an die strafbefreiende Selbstanzeige strenger gefasst. Sowohl für den Steuerberater, Strafverteidiger aber auch für die entsprechenden Strafverfolgungsbehörden ist es unabdingbar, die neuesten Entwicklungen des Steuerstrafrechts zu kennen. Bei der Beraterschaft kommt neben der Aufgabe, auch das steuerstrafrechtliche Mandat als solches zu bewältigen, hinzu, dass sie nicht nur aus haftungsrechtlicher Sicht verpflichtet ist, den Mandanten vor den Risiken eines Steuerstrafverfahrens zu bewahren, sondern sie sich bewusst sein muss, wo für sie selbst bei der steuerlichen Beratung die Gefahr der eigenen Strafbarkeit besteht. Der Band bietet – aufbauend auf die langjährige Lehrtätigkeit des Verfassers an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer sowie seine praktische Tätigkeit auf dem Gebiet der Steuerstrafrechtspflege als Steuerjurist in der Finanzverwaltung – unter Berücksichtigung neuester Rechtsprechung und Gesetzeslage einen praxisorientierten an Fallbeispielen veranschaulichten Überblick sowohl zum materiellen Steuerstraf- und Steuerordnungswidrigkeitenrecht als auch zum Verfahrensrecht. Insofern werden auch Fragen der eigenen Strafbarkeit von Beratern bei Wahrnehmung des steuerlichen Mandats, den neuesten Anforderungen an eine strafbefreiende Selbstanzeige aber auch Fragen von Durchsuchung und Beschlagnahme und sich hieraus ergebender Probleme von steuerstraf- wie steuerlichen Verwertungsverböten nachgegangen bzw. entsprechende Rechtsschutzmöglichkeiten aufgezeigt, wie auch der Ablauf einer mündlichen Verhandlung vor dem Strafgericht dargestellt. Ebenso wird auch das entsprechende Kostenrecht behandelt. Weiterhin werden die Möglichkeit von Regressansprüchen bei rechtswidrigem Handeln der Strafverfolgungsbehörden dargelegt. Das Werk ist dabei auch für Nichtjuristen aus sich heraus verständlich und ermöglicht als abgerundete Betrachtung so den Zu-

gang zu dieser Rechtsmaterie. Rechtsprechung und Gesetzeslage sind bis Stand Ende November 2011 berücksichtigt.

Limburgerhof, im November 2011

Matthias H. Gehm

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 3. Auflage	7
Vorwort zur 1. Auflage	9
Abkürzungsverzeichnis	21
1. Materielles Steuerstrafrecht inklusive Selbstanzeige ...	29
1.1 Einführung	29
1.2 Die Historie des Steuerstrafrechts	29
1.3 Die Rechtsgrundlagen des Steuerstrafrechts	31
1.3.1 Gesetzliche Grundlagen	31
1.3.2 Verwaltungsanweisungen	39
1.4 Die Steuerhinterziehung nach § 370 AO	40
1.4.1 Objektiver Tatbestand	41
1.4.1.1 Tatobjekt	41
1.4.1.1.1 Steuern	41
1.4.1.1.2 Steuervorteil	46
1.4.1.2 Taterfolg und Deliktsart	48
1.4.1.2.1 Steuerverkürzung (§ 370 Abs. 4 S. 1 HS. 1 AO)	49
1.4.1.2.2 Erlangung eines ungerechtfertigten Steuervorteils (§ 370 Abs. 4 S. 1 HS. 2 AO)	54
1.4.1.2.3 Sonderproblem Berechnung der verkürzten Steuer	58
1.4.1.3 Kompensationsverbot (§ 370 Abs. 4 S. 3 AO)	59
1.4.1.4 Tathandlung	63
1.4.1.4.1 Handlungsalternative (§ 370 Abs. 1 Nr. 1 AO)	63
1.4.1.4.1.1 Tatsachen	64
1.4.1.4.1.2 Steuererheblichkeit der Tatsachen	65
1.4.1.4.1.3 Unrichtige Angaben über Beweismittel	66
1.4.1.4.1.4 Adressat und Form der Handlung	67
1.4.1.4.1.5 Handelnde Personen	68
1.4.1.4.2 Unterlassungsalternative (§ 370 Abs. 1 Nr. 2 AO)	69
1.4.1.4.3 Tatbestandsalternative § 370 Abs. 1 Nr. 3 AO	76
1.4.1.5 Verbringungsverbot (§ 370 Abs. 5 AO)	76
1.4.1.6 Kausalität zwischen Tathandlung und Erfolg	76
1.4.2 Subjektiver Tatbestand	77
1.4.2.1 Vorsatz in Abgrenzung zur Fahrlässigkeit	77
1.4.2.1.1 Eventualvorsatz und Abgrenzung zur bewussten Fahrlässigkeit	80
	11

Inhaltsverzeichnis

1.4.2.1.2	Absicht	83
1.4.2.1.3	Direkter Vorsatz	83
1.4.2.2	Tatbestandsirrtum	84
1.4.3	Rechtswidrigkeit	87
1.4.4	Schuld	88
1.4.4.1	Schuldfähigkeit und allgemeine Entschuldigungsgründe .	88
1.4.4.2	Verbotsirrtum	89
1.4.5	Selbstanzeige nach § 371 AO sowie das Absehen von der Strafverfolgung gemäß § 398a AO	92
1.4.5.1	Die Regelung der Selbstanzeige vor dem Schwarzgeld- bekämpfungsgesetz	101
1.4.5.2	Die Regelung der Selbstanzeige aufgrund des Schwarz- geldbekämpfungsgesetzes	109
1.4.6	Gewerbsmäßige Steuerhinterziehung nach § 370a AO (nunmehr aufgehoben) sowie die Regel- beispiele des § 370 Abs. 3 AO	137
1.4.6.1	§ 370a AO	137
1.4.6.2	Die Regelbeispiele des § 370 Abs. 3 AO	139
1.4.6.2.1	§ 370 Abs. 3 S. 1 AO	141
1.4.6.2.2	§ 370 Abs. 3 S. 2 Nr. 1 AO	141
1.4.6.2.3	§ 370 Abs. 3 S. 2 Nr. 2 AO	142
1.4.6.2.4	§ 370 Abs. 3 S. 2 Nr. 3 AO	143
1.4.6.2.5	§ 370 Abs. 3 S. 2 Nr. 4 AO	144
1.4.6.2.6	§ 370 Abs. 3 S. 2 Nr. 5 AO	145
1.4.6.2.7	§ 370 Abs. 3 S. 2 Nr. 6 AO	146
1.4.7	Strafbarkeit wegen versuchter Steuerhinterziehung (§ 370 Abs. 2 AO)	148
1.4.7.1	Vorbereitungsstadium	149
1.4.7.2	Abgrenzung Versuch von Vollendung bei den verschie- denen Tatbestandsvarianten	149
1.4.7.2.1	Handlungsalternative (§ 370 Abs. 1 Nr. 1 AO)	150
1.4.7.2.2	Unterlassungsvariante (§ 370 Abs. 1 Nr. 2 AO)	152
1.4.7.3	Rücktritt vom Versuch	153
1.4.8	Beihilfe zur Steuerhinterziehung bzw. täterschaftliche Begehung	155
1.4.8.1	Einführung Täterschaft/Teilnahme	155
1.4.8.2	Täterschaft	156
1.4.8.3	Teilnahme	158
1.4.8.3.1	Anstiftung	158
1.4.8.3.2	Beihilfe	159
1.4.9	Konkurrenzverhältnisse zwischen den einzelnen Steuerhinterziehungstatbestandsalternativen	161
1.4.10	Tateinheit/Tatmehrheit	162
1.4.10.1	Tateinheit	162
1.4.10.2	Tatmehrheit	163
1.4.10.3	Tat im prozessualen Sinn	166
1.4.10.4	Weitere Fälle der Konkurrenz	167
1.4.11	Besondere steuerstrafrechtliche Themenbereiche	168

1.4.11.1	Das Umsatzsteuerkarussell	168
1.4.11.1.1	Ablauf des Umsatzsteuerkarussells und steuerliche Behandlung	169
1.4.11.1.1.1	Ablauf des Karussells	169
1.4.11.1.1.2	Steuerliche Behandlung des Karussells	172
1.4.11.1.2	Strafbarkeit wegen § 370 AO	186
1.4.11.1.3	Strafbarkeit wegen Schädigung des Umsatzsteuer- aufkommens (§ 26c UStG)	196
1.4.11.1.4	Ordnungswidrigkeit wegen Schädigung des Umsatz- steueraufkommens (§ 26b UStG)	197
1.4.11.1.5	Sonstige Spezialprobleme bezüglich Hinterziehung von Umsatzsteuer	199
1.4.11.2	Hinterziehung verfassungswidriger bzw. europarechts- widriger Steuern	203
1.4.11.2.1	Hinterziehung von Steuern, die nicht im Einklang mit dem GG stehen	203
1.4.11.2.2	Hinterziehung von europarechtswidrigen Steuern	207
1.4.11.3	Hinterziehung von Erbschaft- bzw. Schenkungsteuer	210
1.4.11.4	Hinterziehung von Körperschaftsteuer	212
1.4.11.5	Hinterziehung betreffend Kapitaleinkünfte	213
1.4.11.6	Hinterziehung von Lohnsteuer	214
1.4.11.7	Hinterziehung im Erhebungs- und Vollstreckungs- verfahren	218
1.4.11.7.1	Anwendung von § 370 AO auf das Erhebungs- und Vollstreckungsverfahren	218
1.4.11.7.2	Fallgruppen von Steuerverfehlungen im Vollstreckungs-/ Erhebungsverfahren	220
1.4.11.7.3	Durchbrechung des Steuergeheimnisses	221
1.4.11.7.4	Strafantrag	222
1.4.11.8	Belangbarkeit von Steuerberatern und Rechtsanwälten bzw. Bankmitarbeitern wegen Steuerhinterziehung/ Abgrenzung von strafrechtlich relevantem zu sozial- adäquatem Verhalten	222
1.4.11.9	Steuerhinterziehung bei Zusammenveranlagung von Ehegatten/Lebenspartnern	227
1.4.11.10	Steuerhinterziehung bei Schätzung der Besteuerungs- grundlagen	229
1.4.11.11	Steuerhinterziehung bei Missbrauch von Gestaltungs- möglichkeiten	231
1.4.11.12	Steuerhinterziehung bei Grundlagenbescheid	231
1.4.11.13	Steuerhinterziehung bei Verlustvortrag	232
1.4.11.14	Absehen von der Steuerfestsetzung gemäß § 156 AO bei Steuerstrafverfahren	233
1.4.11.15	Steuerhinterziehung bei Verweigerung der Benennung des Zahlungsempfängers gemäß § 160 AO sowie Korrup- tionstatbestände	234
1.4.11.16	Zusammentreffen von Steuer- und außersteuerlichen Delikten	237

1.4.11.16.1	Verhältnis der Steuerhinterziehung zum Betrugs- tatbestand des § 263 StGB	238
1.4.11.16.2	Subventionsbetrug gemäß § 264 StGB	238
1.4.11.16.3	Begünstigung nach § 257 StGB	239
1.4.11.16.4	Urkundenfälschung gemäß § 267 StGB	240
1.4.11.16.5	Urkundenunterdrückung gemäß § 274 StGB	241
1.4.11.16.6	Vorenthaltung und Veruntreuung von Arbeitsentgelt gemäß § 266a StGB	241
1.4.11.16.7	Untreue gemäß § 266 StGB	242
1.4.11.16.8	Korruptionsdelikte	242
1.4.11.17	Konkurrenz Ordnungswidrigkeit zu Steuerstraftat	243
2.	Materielles Steuerordnungswidrigkeitenrecht inklusive Selbstanzeige	245
2.1	Geltung der Normen des OWiG	245
2.2	Leichtfertige Steuerverkürzung nach § 378 AO	245
2.2.1	Objektiver Tatbestand	245
2.2.1.1	Täterkreis	246
2.2.1.2	Tathandlung	247
2.2.1.3	Täterfolg	248
2.2.1.4	Kausalität zwischen Tathandlung und Erfolg sowie Rechtswid- rigkeitszusammenhang	248
2.2.2	Subjektiver Tatbestand	248
2.2.3	Rechtswidrigkeit	254
2.2.4	Schuld	254
2.2.5	Bußgeldbefreiende Selbstanzeige nach § 378 Abs. 3 AO ..	254
2.2.6	Konkurrenz zu den Gefährdungsdelikten gemäß § 379 ff. AO	255
2.2.7	Verjährung	255
2.3	Steuergefährdungsdelikte nach §§ 379 ff. AO	255
2.3.1	Steuergefährdung nach § 379 AO	255
2.3.1.1	Objektiver Tatbestand	257
2.3.1.1.1	§ 379 Abs. 1 AO	257
2.3.1.1.1.1	§ 379 Abs. 1 Nr. 1 AO	257
2.3.1.1.1.2	§ 379 Abs. 1 Nr. 2 AO	258
2.3.1.1.1.3	§ 379 Abs. 1 Nr. 3 AO	258
2.3.1.1.1.4	§ 379 Abs. 1 Nr. 4 bis 6 AO	260
2.3.1.1.2	§ 379 Abs. 2 AO	261
2.3.1.1.2.1	§ 379 Abs. 2 Nr. 1, Nr. 1a, Nr. 1b, Nr. 1c und Nr. 1d AO ..	261
2.3.1.1.2.2	§ 379 Abs. 2 Nr. 2 AO	263
2.3.1.1.3	§ 379 Abs. 3 AO	264
2.3.1.2	Subjektiver Tatbestand	264
2.3.1.3	Rechtswidrigkeit	264
2.3.1.4	Schuld	264
2.3.1.5	Subsidiarität gegenüber § 370 und § 378 AO	264
2.3.1.6	Verjährung	265
2.3.2	Gefährdung von Abzugsteuern nach § 380 AO	265

2.3.2.1	Objektiver Tatbestand	265
2.3.2.2	Subjektiver Tatbestand	266
2.3.2.3	Rechtswidrigkeit	266
2.3.2.4	Schuld	266
2.3.2.5	Subsidiarität gegenüber § 370 und § 378 AO	267
2.3.2.6	Verjährung	267
2.3.3	Verbrauchssteuergefährdung nach § 381 AO	267
2.3.3.1	Objektiver Tatbestand	267
2.3.3.2	Subjektiver Tatbestand	268
2.3.3.3	Verjährung	268
2.3.3.4	Subsidiarität gegenüber § 370 und § 378 AO	268
2.3.4	Gefährdung der Einfuhr- und Ausfuhrabgaben nach § 382 AO	268
2.3.4.1	Objektiver Tatbestand	268
2.3.4.2	Subjektiver Tatbestand	269
2.3.4.3	Subsidiarität gegenüber § 370 und § 378 AO	269
2.3.4.4	Verjährung	269
2.4	Unzulässiger Erwerb von Steuererstattungs- und Vergütungsansprüchen nach § 383 AO	269
2.4.1	Objektiver Tatbestand	269
2.4.2	Subjektiver Tatbestand	270
2.4.3	Verjährung	270
2.5	Zweckwidrige Verwendung des Identifikationsmerkmals nach § 139a AO gemäß § 383a AO	270
2.5.1	Objektiver Tatbestand	271
2.5.2	Subjektiver Tatbestand	271
2.5.3	Schuld	271
2.5.4	Verjährung	271
2.5.5	Subsidiarität	271
2.6	Die wichtigsten Bußgeldvorschriften des § 26a UStG	271
2.6.1	Objektiver Tatbestand	271
2.6.2	Subjektiver Tatbestand	274
2.6.3	Aufgriffsgrenzen	274
2.6.4	Verjährung	275
2.6.5	Zuständigkeiten für die Verfolgung	275
2.6.6	Täterkreis	275
2.6.7	Konkurrenzen	276
2.7	Geldbuße gegen juristische Personen und Personen- vereinigung (§ 30 OWiG)	276
2.8	Verletzung der Aufsichtspflicht in Betrieben und Unter- nehmen (§ 130 OWiG)	279
2.9	Bemessung der Geldbuße	280
2.10	Pflichtverletzung bei Übermittlung von Vollmachtsdaten gemäß § 383b AO	282
3.	Strafzumessung	283

4.	Verjährung	309
4.1	Strafrechtliche Verjährung	309
4.1.1	Fristbeginn	311
4.1.1.1	Tatbestandsalternative § 370 Abs. 1 Nr. 1 AO	312
4.1.1.1.1	Veranlagungssteuern	312
4.1.1.1.2	Fälligkeitssteuern	314
4.1.1.2	Tatbestandsalternative § 370 Abs. 1 Nr. 2 AO	315
4.1.1.2.1	Veranlagungssteuern	315
4.1.1.2.2	Fälligkeitssteuern	317
4.1.1.3	Sonderprobleme bei der Verjährung	318
4.1.2	Unterbrechung und Ruhen der Verjährung	320
4.1.3	Aussetzung des Verfahrens gemäß § 396 AO	326
4.2	Bußgeldrechtliche Verjährung	330
5.	Verfahrensrecht	333
5.1	Zuständigkeit und Kompetenzen der Bußgeld- und Strafsachenstelle im Steuerstrafverfahren	333
5.2	Zuständigkeit der Bußgeld- und Strafsachenstelle bei OWi-Verfahren nach §§ 409 und 410 AO sowie Grundzüge des Bußgeldverfahrens	341
5.3	Doppelzuständigkeit der Steuerfahndung nach § 208 AO	343
5.4	Kooperation der Finanzverwaltung mit anderen Dienststellen	346
5.4.1	Zusammenarbeit mit dem Bundeszentralamt für Steuern sowie dessen Zuständigkeit	346
5.4.2	Zusammenarbeit mit der Finanzkontrolle Schwarzarbeit	348
5.5	Das Ermittlungsverfahren	349
5.5.1	Anfangsverdacht	349
5.5.2	Einleitung des Strafverfahrens und Bekanntgabe der Einleitung sowie Belehrungspflichten	350
5.5.3	Ermittlungsbefugnisse	354
5.5.3.1	Durchsuchung	355
5.5.3.1.1	Begriff der Durchsuchung i. S. v. §§ 102 ff. StPO	355
5.5.3.1.2	Verhältnismäßigkeitsprinzip als Richtschnur der Durchsuchungsmaßnahmen	356
5.5.3.1.3	Durchsuchungsarten	359
5.5.3.1.3.1	Durchsuchung beim Verdächtigen gemäß § 102 StPO ...	359
5.5.3.1.3.2	Durchsuchung bei anderen Personen gemäß § 103 StPO .	361
5.5.3.1.3.3	Durchsuchung gemäß § 111b Abs. 4 StPO a. F. bzw. § 111b Abs. 2 StPO n. F.	362
5.5.3.1.4	Durchführung der Durchsuchung	362
5.5.3.1.4.1	Anordnungsbefugnis	362
5.5.3.1.4.2	Verwendbarkeit eines Durchsuchungsbeschlusses in zeitlicher Hinsicht	365
5.5.3.1.4.3	Teilnahmeberechtigte Amtsträger bzw. Durchsuchungspersonal	366

5.5.3.1.4.4	Durchsuchung zur Auffindung beschlagnahmefreier Gegenstände	367
5.5.3.1.4.5	Zufallsfunde	372
5.5.3.1.4.6	Bekanntgabe des Durchsuchungsgrundes	372
5.5.3.1.4.7	Anwendung von Zwang zur Durchsetzung der Durchsuchungsmaßnahme	373
5.5.3.1.4.8	Anwesenheit des von der Durchsuchung Betroffenen	375
5.5.3.1.4.9	Telefonsperre	376
5.5.3.1.4.10	Anfertigung von Fotografien	376
5.5.3.1.4.11	Durchsicht von Papieren etc.	376
5.5.3.1.4.12	Durchsuchungszeit	377
5.5.3.1.4.13	Verpflichtungen bei Beendigung der Durchsuchungs- maßnahme	378
5.5.3.1.4.14	Ermittlungen von steuerstrafrechtlich verjährten Zeiträumen	379
5.5.3.1.5	Formelle Antragstellung und Bestimmtheit der Durch- suchungsanordnung	379
5.5.3.1.5.1	Antragstellung	379
5.5.3.1.5.2	Begründungserfordernis	380
5.5.3.1.5.3	Rechtsfolgen des rechtswidrigen Durchsuchungs- beschlusses sowie Rechtsschutz	382
5.5.3.1.5.4	Aushändigung der schriftlichen Durchsuchungs- anordnung	383
5.5.3.1.5.5	Entbehrlichkeit der Durchsuchungsanordnung	383
5.5.3.1.5.6	Sicherstellung und Beschlagnahme	384
5.5.3.1.6	Durchsuchungen, Sicherstellung und Beschlagnahme im Bußgeldverfahren	391
5.5.3.2	Abhörmaßnahmen und sonstige verdeckte Ermittlungs- methoden	392
5.5.3.2.1	Telekommunikationsüberwachung	392
5.5.3.2.2	Abhörmaßnahmen des außerhalb der Wohnung gesprochen Wortes	396
5.5.3.2.3	Erhebung von Verkehrsdaten	397
5.5.3.2.4	Observationsmaßnahmen gemäß § 100h StPO	398
5.5.3.2.5	Überwachung von Mobilfunkendgeräten nach § 100i StPO sowie Bestandsdatenauskunft nach § 100j StPO	398
5.5.3.2.6	Benachrichtigungspflicht gemäß § 101 StPO	400
5.5.3.2.7	Längerfristigen Observationen	400
5.5.3.2.8	Auskunftserteilung gemäß § 477 Abs. 2 StPO	400
5.5.3.2.9	Sonstige verdeckte Ermittlungsmethoden	401
5.5.4	Einstellungsmöglichkeiten	401
5.5.4.1	Einstellung nach § 153a StPO	401
5.5.4.2	Einstellung nach § 153 StPO	405
5.5.4.3	Einstellung nach § 398 AO	406
5.5.4.4	Einstellung nach § 170 Abs. 2 StPO	407
5.5.4.5	Beschränkung bzw. Einstellung des Verfahrens nach §§ 154, 154a StPO	409
5.5.4.6	Einstellung nach § 154f StPO	409

5.6	Spannungsverhältnis zwischen der Mitwirkungspflicht (§ 90 AO) im Steuerrecht und dem Recht auf passives Verhalten im Strafverfahren (§ 393 Abs. 1 AO)	410
5.7	Problem der Verwertung von Erkenntnissen für andere Strafverfahren nach § 393 Abs. 2 AO – § 30 AO (Steuergeheimnis) bzw. das Besteuerungsverfahren gemäß § 393 Abs. 3 AO	412
5.8	Akteneinsichtsrecht im Straf- und Steuerordnungswidrigkeitenverfahren	414
5.9	Organisation der Justiz	420
6.	Schätzungen im Strafverfahren/Besteuerungsverfahren respektive Bußgeldverfahren sowie der Grundsatz in dubio pro reo	423
6.1	Schätzungen im Besteuerungsverfahren	423
6.2	Schätzung im Strafrecht und der Grundsatz in dubio pro reo	434
7.	Verwertungsverbote bei Beweismitteln	441
7.1	Verwertungsverbote bei Zeugnisverweigerungsrecht	441
7.2	Verwertungsverbote bei Außenprüfung	442
8.	Sonderproblem CD-Daten-Ankauf	447
8.1	Steuerrechtliches Verwertungsverbot	447
8.2	Steuerliches Verwertungsverbot	450
9.	Strafbefreiungserklärungsgesetz sowie Ermittlungsmöglichkeiten insbesondere bei Banken	453
10.	Stellung von Steuerberatern als Verteidiger	467
11.	Gebührenabrechnung des Rechtsanwalts bzw. Steuerberaters im Straf- und Bußgeldverfahren nach dem RVG sowie Gebühren von Gericht und Verwaltung	469
11.1	Steuerberater- bzw. Rechtsanwaltsgebühren nebst Kostentragungspflicht	469
11.1.1	Gebühren im Strafverfahren	472
11.1.2	Gebühren im Bußgeldverfahren	476
11.2	Gerichtliche Gebühren	477
11.3	Gebühren der Verwaltung im Bußgeldverfahren	478
12.	Zwischenverfahren	479

13.	Die mündliche Hauptverhandlung im Steuerstrafverfahren im Überblick unter Berücksichtigung der Funktion von Verteidigung und Strafverfolgungsbehörden	481
13.1	Der Gang der Hauptverhandlung im Überblick.	483
13.2	Urteilsfindung	490
13.3	Leitung der Hauptverhandlung durch den Vorsitzenden	491
13.4	Grundsatz der Öffentlichkeit der Hauptverhandlung	492
13.5	Konzentrationsmaxime	493
13.6	Hinweispflicht	493
13.7	Wesentliche Grundsätze der Beweisaufnahme	494
13.7.1	Zeugenbeweis	498
13.7.2	Sachverständigenbeweis	500
13.7.3	Urkundsbeweis	501
13.7.4	Augenscheinsbeweis	502
13.8	Verständigung im Strafverfahren	502
14.	Das Strafbefehlsverfahren	513
15.	Kronzeugenregelung	515
16.	Besonderheiten des Bußgeldrechtlichen Verfahrens	519
16.1	Opportunitätsprinzip	519
16.2	Verfall/Einziehung	519
16.3	Verwarnung	525
16.4	Rechtsbehelfe gegen den Bußgeldbescheid	526
16.5	Die mündliche Verhandlung nach Einlegung des Einspruchs	527
17.	Weitere Folgen von Steuerhinterziehung und Steuerordnungswidrigkeiten	529
17.1	Haftung nach § 71 AO	529
17.2	Berufsrechtliche und sonstige persönliche Folgen	533
17.3	Weitere Folgen	535
17.3.1	Hinterziehungszinsen gemäß § 235 AO	535
17.3.2	Insolvenzrechtliche Folgen	536
17.3.3	Festsetzungsverjährung	537
17.3.4	Änderungssperre	539
17.3.5	Arrest	539

18.	Änderungen aufgrund des Gesetzes zur Änderung der Abgabenordnung und des Einführungsgesetzes zur Abgabenordnung	541
18.1	Änderung von § 371 AO	544
18.1.1	Rechtsnatur der Selbstanzeige	547
18.1.2	Verunglückte Selbstanzeige	548
18.1.3	Berichtigungsumfang	548
18.1.4	Gestufte Selbstanzeige	558
18.1.5	Ausschlussgründe (§ 371 Abs. 2 AO)	559
18.1.6	Sonderregelung für Umsatzsteuervoranmeldungen und Lohnsteueranmeldungen	572
18.1.7	Nachzahlungsverpflichtung (§ 371 Abs. 3 AO)	576
18.1.8	Form der Selbstanzeige	581
18.1.9	Wiederaufleben der Selbstanzeigemöglichkeit	582
18.2	Änderung von § 398a AO	582
18.3	Sonstige Änderungen	589
18.3.1	§ 378 Abs. 3 AO	589
18.3.2	Anlaufhemmung nach § 170 Abs. 6 AO n.F.	589
18.4	Zeitliche Anwendung	590
18.4.1	Neuregelung nach §§ 371, 398a AO bzw. § 378 Abs. 3 AO	590
18.4.2	Neuregelung des § 170 Abs. 6 AO	592
19.	Änderungen aufgrund des Gesetzes zur effektiveren und praxistauglicheren Ausgestaltung des Strafverfahrens ..	593
19.1	Änderungen des Strafgesetzbuches	593
19.1.1	Inkrafttreten	593
19.1.2	Sanktionen	593
19.2	Änderungen der Strafprozessordnung	594
19.2.1	Befangenheitsanträge	594
19.2.2	Telekommunikationsüberwachung	594
19.2.3	Einsatz von Trojanern	595
19.2.4	Akustische Wohnraumüberwachung	596
19.2.5	Vernehmung des Beschuldigten	596
19.2.6	Einstellung nach § 153a StPO	597
19.2.7	Erscheinungspflicht von Zeugen	597
19.2.8	Weitere Änderungen	597
	Literaturverzeichnis	599
	Stichwortverzeichnis	603